Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorschriftsmäßig vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 254. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag, 30. Oktober 1925

Koalition oder Neuwahl?

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben:

Die Deutsche Volkspartei unterscheidet sich von allen anderen deutschen Parteien dadurch, daß sie eine typische „Führer"-Partei ist, daß sie ihrem Vorsitzenden Dr. Stresemann tatsächlich unentwegt folgt, ohne sich, wie die anderen Parteien, durch meistens doch nur auf dem Papier stehenbleibende Programme hemmen zu lassen. So ist sie auch jetzt hinter ihren Führer getreten, obwohl auch in den Kreisen dieser Partei Bedenken in bezug auf den Vertrag von Locarno nicht ganz unterdrückt wurden. Man hat diese Bedenken zurückgestellt und ist einstimmig zu einem Beschluß gekommen, der sich verblümt, aber deutlich gegen die Anschauungen und Erklärungen der Deutschnationalen Partei richtet. Zunächst wird betont, daß der Vertrag von Locarno in allen wesentlichen Punkten den Grundgedanken der deutschen Note vom 20. Juli entspreche und damit auch den Richtlinien der Partei selbst, die am 2. Juli veröffentlicht waren; die deutschen Lebensnotwendigkeiten seien durch den Vertrag nicht preisgegeben worden — bekanntlich ist der Grund für das Ausscheiden der Deutschnationalen die entgegengesetzte Ansicht. Die Erklärung hebt des weiteren noch im einzelnen hervor, daß der Artikel 1 des Westpaktes nur einen Verzicht auf Angriffskrieg enthalte, nicht aber etwa eine friedliche Fortentwicklung auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker verbiete. Der Versailler Vertrag werden nicht von neuem anerkannt, sondern es werde nur erklärt, daß durch den Sicherheitsvertrag keine formelle Änderung der bestehenden Verträge herbeigeführt werde. Die deutschen Voraussetzungen für den Eintritt in den Völkerbund seien in Locarno erkämpft worden, namentlich hinsichtlich des Artikels 16 (Durchmarschrecht). Auch im Osten seien die deutschen Interessen gewahrt worden, weil auch die französischen Militärbündnisse mit unseren Nachbarn Deutschland nicht bedrohen.

Selbstverständlich stellt sich die Deutsche Volkspartei auf den Standpunkt, daß der durch den Vertrag herbeizuführende allgemeine Friedenszustand sich auch im besetzten Gebiete auswirken müsse, daß der Vertrag erst in Kraft treten könne nach Räumung der ersten Rheinlandzone und Vereinigung der Entwaffnungsfrage, was beides sichergestellt werden müsse. Ebenso wie die grundlegende Änderung des Besetzungsregimes und der Anfang der endgültigen Räumung, entsprechend den Zusagen der Delegationsführer in Locarno. Ohne solche entscheidenden Maßnahmen der Vertragsgegner könne der Deutsche Reichstag den Vertrag von Locarno nicht annehmen. Man betrachtet es als dringendste Pflicht Deutschlands, mit allen Kräften auf diese Ergänzungen und sofortigen Auswirkungen der Vereinbarungen hinzuarbeiten; diese politische Aufgabe werde aber in ihrer Erfüllung durch das Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei gefährdet und sie müsse für die Folgen die Verantwortung übernehmen.

Durch diese Entschließung der Deutschen Volkspartei ist die innerpolitische Situation aufgeklärt worden. Die Stellungnahme gegen die Deutschnationale Volkspartei ist zweifellos ziemlich scharf, und daher wollen die politischen Alleswisser bereits eine Rückkehr der Deutschen Volkspartei zur großen Koalition als wahrscheinlich bezeichnen. Die Demokratische Partei ist ja zweifellos gewillt, in die Regierung Luther einzutreten, allerdings nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Und diese Voraussetzungen liegen darin, eine feste Schranke gegen die Möglichkeit zu errichten, daß die Deutschnationalen nach der Entscheidung über Locarno, mag sie nun dafür oder dagegen ausfallen, etwa wieder in die Regierung Luther zurückkehren. Der innerpolitische Streit um Locarno müsse vielmehr der Ausgangspunkt einer völligen Umorientierung der ganzen deutschen Innenpolitik sein, dafür aber müßten Garantien gegeben werden, ehe die Demokraten in ein Kabinett Luther einträten.

Das Zentrum läßt sich alle Türen offen. Auf der am Sonntag stattgefundenen Tagung des westfälischen Zentrums in Hamm hat zwar Dr. Marx, der Parteivorsitzende, mit ziemlicher Schärfe gegen die Deutschnationalen gesprochen, aber resigniert erklärt, er wisse nicht, wie Neuwahlen mit der Parole für oder gegen Locarno ausfallen würden. Außerdem kommt das Zentrum in eine etwas zweifelhafte Lage dadurch, daß der Reichsschulgesetzentwurf zurückgezogen wird und der sozialdemokratische Staatssekretär Schulz, der von dem bisherigen Reichsinnenminister kaltgestellt worden war, wieder in sein Amt zurückkehrt. Marx hat aber in seiner Rede gerade die Durchführung des Reichsschulgesetzes für seine Partei als unumgänglich notwendig bezeichnet.

Daß die Sozialdemokratie an der großen Koalition der Mitte teilnehmen soll, wird von den maßgebenden Instanzen dieser Partei glatt abgelehnt. Man steuert dort vielmehr auf Neuwahlen hin, weil Luther der Vertreter des Rechtskurses sei und mit seiner bisherigen Politik völlig Bankrott erlitten habe. „Die Sozialdemokratie will die Auflösung des Reichstags," so schreibt in Sperrdruck das amtliche Parteiorgan.

So bleibt die weitere Entwicklung der innerpolitischen Krise vorläufig noch völlig im Dunkeln, wobei übrigens nicht unbeachtet bleiben soll, daß in der volksparteilichen Entschließung vom Saargebiet und von der Luftfahrtnote, besonders aber von dem berüchtigten Investigationsrecht (Kontrolle), was alles vor der Unterschrift bereinigt werden sollte, nicht die Rede war. Alle solche nicht erledigten Fragen würden den Ausgang einer Neuwahl jedenfalls beeinflussen.

Reichskanzler Dr. Luther über Locarno.

Essen, 28. Oktober. Um 9,15 Uhr erschien Reichskanzler Dr. Luther, mit Händeklatschen lebhaft begrüßt. Er wies im Eingang seiner Rede auf die Bedeutung der Essener Medizinischen Woche als kulturvermittelnde Einrichtung hin, sowie auf die besondere Bedeutung des Ruhrbezirks für die Arbeit der deutschen Wirtschaft. Als Thema für seine Betrachtungen habe er die Frage gewählt: „Was bedeutet Locarno?" Das oberste Ziel von Locarno sei aber die Schaffung von Sicherungen für den Frieden. Was die Ostfrage anbelange, so sei hier im Hinblick auf die Führung der deutschen Ostgrenze eine andere Lage gegeben als im Westen, aber auch hier stehe das Friedensziel wie in der Präambel zu den Ostschiedsverträgen zum Ausdruck gebracht, im Vordergrunde. Die in Locarno getroffenen Abmachungen zwischen Frankreich und Polen bezw. der Tschechoslowakei hielten sich genau an die im Völkerbundspakt getroffene Regelung, wozu noch vom deutschen Standpunkt aus hinzukomme, daß bei etwaigem Eintritt des Garantiefalles die englisch-italienische Garantie zu Deutschlands Gunsten mittelbar wirksam werden könnte. Zur Frage des Artikels 16 der Völkerbundssatzung wies der Reichskanzler auf die Beziehungen Deutschlands zu Rußland hin, die, wie der jüngst beschlossene deutsch-russische Handelsvertrag beweise, durch das Werk von Locarno keine Aenderung erlitten hätten. Zur Frage der Rückwirkungen unterstrich der Kanzler dann mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der Schaffung einer Grundlage, auf der dem schwergeprüften deutschen Volke Vertrauen in die gemachten Zusicherungen und Glauben an den Frieden der Zukunft erwachsen könne. Es bestehe kein Zweifel daran, daß, wenn die Rückwirkungen, insonderheit hinsichtlich der Rheinlandfragen, in dem Sinne behandelt würden, der die logische Auswirkung der Verhandlungen in Locarno darstelle, dann eine große Mehrheit des deutschen Volkes dem Vertrage von Locarno zustimmen werde. Demgegenüber sei es eine Frage von nachgeordneter Bedeutung, in welcher Weise dieser sicher deutsche Volkswille seinen endgültigen Ausdruck finde, sei es im Parlament, wie es jetzt bestehe, sei es durch Befragen des deutschen Volkes selber. Allen deutschen Parteien rufe er, der Reichskanzler, zu, daß es sich jetzt nicht darum handle, Politik im gewöhnlichen Sinne des Wortes zu machen, sondern daß das deutsche Volk jetzt vor geschichtlichen Aufgaben stehe. Daß eine politische Entscheidung von solcher Tragweite hinterher auch tiefe Spuren in die gesamte politische Entwicklung eines Volkes trage, entspreche aller geschichtlichen Erfahrung. Er, der Reichskanzler, werde seine ganze Kraft daransetzen, daß die großen politischen Fragen wirklich reif würden zur Entscheidung durch das deutsche Volk. Das sei seine Aufgabe im Dienste des ganzen deutschen Volkes, die höher stehe als irgendwelche Parteigesichtspunkte.

In dieser Stadt — so schloß der Reichskanzler — in der ich die Ehre und das Glück gehabt habe, als Oberbürgermeister zu walten, weiß jedermann, daß der gegenwärtige Reichskanzler Parteigesichtspunkte nicht kennt. Aber ich glaube an Deutschland.

Die Sozialdemokraten für Auflösung des Reichstages

Berlin, 29. Oktober. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Mittwoch zur Prüfung der politischen Lage zusammen. Er gab nach zweistündigen Verhandlungen folgendes Kommuniqué aus: „Der Vorstand war einmütig der Auffassung, daß sich durch Austritt der deutschnationalen Minister an der scharfen Opposition der Sozialdemokraten gegen die Regierung Luther nichts geändert hat. Der Austritt der Deutschnationalen beweist nur, daß es unmöglich ist, mit dieser Partei eine den deutschen Interessen entsprechende auswärtige Politik zu führen. Die Sozialdemokratie kann nicht daran denken, die Deutschnationalen aus der Verantwortung zu entlassen und in diesem Reichstag den Vertrag von Locarno, in dem sie den großen Erfolg ihrer eigenen außenpolitischen Richtlinien erblickt, gegen die deutschnationalen Stimmen zu ratifizieren. Sie sieht den geeigneten Weg zur Lösung der Krise in der Befragung des Volkes vermittels der Auflösung des Reichstages. Der Fraktionsvorstand wird die Reichstagsfraktion zum Freitag den 6. November einberufen, um zur Situation insbesondere zur Frage des Zusammentritts des Reichstages Stellung zu nehmen."

Botschafter von Hösch bei Briand.

Paris, 29. Oktober. Botschafter v. Hoesch hat gestern nachmittag Außenminister Briand einen Besuch abgestattet und mit ihm eine Unterredung über die Abrüstungsfrage geführt. Dieser Unterredung wird große Bedeutung beigemessen, da sie im Anschluß an die Aussprache erfolgte, die Briand am Dienstagabend in der Abrüstungsfrage mit Chamberlain hatte.

Painleve hat die Kabinettsbildung übernommen.

Paris, 28. Oktober. Painlevé hat die Kabinettsbildung angenommen. In der Kammer glaubt man, daß sich noch heute Nacht Painlevé mit Erfolg bemühen wird, ein Kabinett zustandezubringen, um es bereits morgen der Kammer vorstellen zu können. Sicher ist, daß Briand Außenminister bleiben wird.

Kredite für Kleinbetriebe.

(Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.)

Es scheint, als sei nun endlich in maßgebenden Kreisen die Erkenntnis durchgedrungen, daß der Kleinbetrieb ausreichende Gelder zur Verfügung haben muß. Wie bekannt wurde dem Beschluß des Preußischen Landtags insofern entsprochen, als die preußische Regierung 22 Millionen Mittelstandskredite zur Verfügung gestellt hatte, daß ferner die Seehandlung und schließlich die mit der Überleitung betrauten Banken ebenfalls die gleiche Summe zur Verfügung stellten, so daß nun 66 Millionen Mark verfügbar sind. Wenn man bedenkt, daß es Genossenschaften gibt, die von den zuerst flüssig gemachten 22 Millionen ganze tausend Mark zur Verteilung erhielten, wird einleuchten, daß auch der dreifache Betrag eine ausreichende Hilfe kaum ist.

Die Berliner Sparkasse hat kürzlich einen Ausweg gefunden, der zur Nachahmung empfohlen werden kann. Bei der Verteilung von Postgeldern hat die Sparkasse einen solchen Ansturm von Darlehnssuchern zu bewältigen gehabt, daß Hunderte von Gesuchen abgelehnt werden mußten, weil die Sicherheitsansprüche nicht genügten. Um dem abzuhelfen und Kreditwürdigen beizuspringen zu können, hat die Stadt Berlin eine Bürgschaft von einer halben Million Mark übernommen, so daß die Berliner Stadtbank, ohne die Gelder ihrer Sparer zu gefährden, bei Hergabe von Darlehen freier verfahren kann. Ein stärkerer Beweis für die Notlage der Kleinen läßt sich nicht denken, denn gerade die Berliner Sparkasse ist wegen der Vorsicht bei der Kreditgabe bekannt. Wenn sie bereit ist, Blankokredite zu geben, weil einigermaßen ausreichende Sicherheiten nicht mehr vorhanden sind, beweist dies, wie verarmt der Mittelstand ist.

Da weder die Banken noch die Kreditgenossenschaften ausreichend zu helfen vermögen, bleibt nur die Behörde — Reich, Staat und Gemeinde. Reich und Staat werden in nächster Zeit ausreichendere Mittel zur Verfügung haben, denn die Landwirtschaftskredite sollen am 15. November, 10. Dezember und 1. Januar zurückgezahlt werden. Wie man im Preußischen Landtage hörte, hatten Verhandlungen wegen der Überleitung dieser Gelder in Kleingewerbebetriebe begonnen. Leider schien dieses Projekt im Reichsfinanzministerium auf Widerstand zu stoßen, denn auch andere Wirtschaftskreise behaupten von sich, daß gerade sie diese Gelder am dringendsten gebrauchen. Diese Gruppen vermögen ihren Bedarf zahlenmäßig nachzuweisen und einwandfrei zu begründen, beim Mittelstand ist das leider noch nicht nachzuweisen. Nirgends ist eine sichere, zuverlässige Unterlage für den Kreditbedarf der Kleinbetriebe zu beschaffen.

Gerade der geplante Preisabbau hätte aber die Folgerung, dem Kleinbetrieb zu helfen, denn die Kreditnot erfordert gerade bei ihm eine große unproduktive Arbeit. Beim Kleinbetrieb wirkt die Kreditnot preissteigernd. Man denke nur an einen Klempner- oder Dachdeckermeister, der einen gutlohnenden Auftrag in der Tasche hat, aber zur Bezahlung der Löhne und des Handwerkszeuges usw. Geld braucht. Wenn er verdienen will, müssen doch die Zinsen, die Spesen und die Zeit zur Beschaffung dieses Kredites irgendwie bei dieser oder einer anderen Arbeit zum Vorschein kommen, und sie sind heute nicht gering. Daß dies preissteigernd wirken muß, bedarf keiner Begründung. Staat und Kommunen haben aber schließlich doch die Pflicht, zu helfen. Nicht nur wegen der genugsam erörterten Übersteuerung, sondern auch, weil sie selbst in ihrer eigenen Kasse dem Prinzip der Sparsamkeit nicht so folgen, daß man ihren Verwaltungen nicht auch die Nachwirkungen des vergangenen Jahres ansehen könnte. Wie in der Wirtschaft sollte hier jede Gemeinde, jeder Staat seine Ehre darein setzen, im Haushalt soviel Ersparnisse zu machen, daß mindestens die sehr große Zahl der Gebühren wegfallen könnte. Sehr viele Gebühren, u. a. die Elektrizitätstarife, müßten schon längst zeitgemäß revidiert sein. Sparsamkeit muß in jedem Verwaltungskörper herrschen. Verlangt man vom Privathaushalt, von allen Schichten der Wirtschaft äußerste Einschränkung, müssen die Behörden aller Grade mit gutem Beispiel vorangehen.

O. J. Seidler.

„Bauer in Not".

Kundgebung des Reichslandbundes.

Berlin, 28. Oktober.

Der Reichslandbund versammelte heute seine Vertreter in dem früheren preußischen Herrenhause zu einer öffentlichen Kundgebung unter der Leitidee „Bauer in Not". Die Kund

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF